

## Der Rohstoffbezug Oesterreichs nach Friedensschluß.

In der letzten, unter dem Vorsitz des Präsidenten Bergrat Max Ritter v. Gutmann stattgefundenen Monatsversammlung des Industriellen-Klubs bildete die Frage des Rohstoffbezuges nach Friedensschluß den Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Sie wurde vom Präsidenten des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs Sektionschef Dr. S. Brosche eingeleitet, welcher im wesentlichen ausführte:

### Oesterreichisch-ungarisch-deutsche Verständigung über Rohstoff-Einfuhrkartelle.

Der Plan der Ententemächte, durch Abperrung der Zufuhr die verbündeten Kaiserreiche auszuhungern und die ihnen zur Ausrüstung ihrer Heere erforderlichen Rohstoffe zu entziehen, ist nach jeder Richtung fehlgeschlagen. Unser Heer ist und bleibt auf das ausgezeichnetste versorgt, und wir im Hinterlande werden bei entsprechender Organisation und Sparsamkeit das Auslangen finden. Trotz Hemmung der Rohstoffzufuhr sind Oesterreich-Ungarn und Deutschland die einzigen kriegsführenden Staaten, welche Dank der Anpassungsfähigkeit ihrer Industrie, ihre Heere aus eigener Kraft mit der erforderlichen Ausrüstung versehen. So sehr nun die Abperrung der Mittelmächte auf das Kriegsziel ganz ohne Einfluß geblieben ist, um so empfindlicher wird sich der Mangel an Rohstoffen nach dem Kriege geltend machen, wenn es sich darum handeln wird, in normale wirtschaftliche Verhältnisse zurückzukehren und die Produktion in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Die größte Schwierigkeit wird hier bei der Erlangung der überseeischen Rohstoffe eintreten, von denen viele in den wichtigsten Zweigen der Industrie die größte Rolle spielen. Dieser Rohstoffbedarf beziffert sich, wenn man das letzte Friedensjahr 1913 als Grundlage annimmt, auf 800 bis 900 Millionen Kronen. Die nach Friedensschluß zu erwartende Hochkonjunktur, das Bestreben der Industrie, ein dieser Hochkonjunktur entsprechendes Lagerquantum an Rohstoffen sich zu beschaffen, und schließlich die Valutadifferenz zwischen dem Jahre 1913 und der Zeit nach dem Friedensschluß lassen eine Preissteigerung der Rohstoffe in einer Höhe erwarten, die in Prozenten sich heute auch nicht annähernd voraussagen läßt. Hierzu kommt noch die Frage, ob die Schifffahrt dem großen Andrang der Transporte gewachsen sein wird. Die auswärtigen Schifffahrtsgesellschaften werden für den Bedarf ihrer Flaggenstaaten zunächst aufzukommen haben, und unsere heimische Schifffahrt wird überlastet sein, so daß man zweifellos mit einer Erhöhung der Frachtraten wird rechnen müssen, was für die Industrie eine neuerliche Erhöhung der Rohstoffpreise bedeutet. Für die Industrie entsteht nun die Aufgabe, die drohenden Schwierigkeiten und Gefahren einzudämmen, um ohne übermäßige Erschütterung in die Friedenswirtschaft hinüberzugleiten. Es entsteht nun die Frage, welcher Weg beschritten werden soll, um zu diesem Ziele zu gelangen. Manche Vorschläge sind da aufgetaucht, darunter auch der, die während des Krieges veranlaßte Art der Rohstoffbeschaffung auch noch in der ersten Zeit des Friedens fortzusetzen.

Heute liegt die Rohstoffbeschaffung ganz in der Hand des Staates; er beschafft die Rohstoffe durch die unter seiner Aufsicht stehenden Zentralen, er bestimmt deren Preise, nimmt auf die Preisbildung der Halb- und Ganzfabrikate weitgehenden Einfluß, er hat Produktion, Güterverteilung und Verkehr ganz in seinen Machtkreis gezogen. Dieses System ist durch die Kriegsnot zweifellos gerechtfertigt, jedes Märgeln hieran muß als unpatriotisch auf das schärfste verurteilt werden, da jedes Privatrecht, jedes Privatinteresse hinter das große Ziel zurücktreten muß, dem Staate alle Mittel zu seiner Verteidigung und zu seiner Erhaltung an-

die Hand zu geben. So während des Krieges. Ganz anders aber, wenn der Friede hergestellt sein wird, wenn wir wieder — und das wollen wir — in den freiheitlichen Rechts- und Wohlfahrtsstaat zurückkehren. Dann muß an dieses System, welches durch eine endlose Reihe von Verhandlungen geschaffen wurde, die kritische Sonde angelegt und untersucht werden, ob es sich in den Rechts- und freien Staat einfügt. Die Industrie wird nach dem Kriege wieder auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage stehen wollen, die Freiheit ihrer Betätigung sowie die Unbeeinträchtigung durch staatliche Organe als obersten Grundsatz an-

sehen und Wert darauf legen, daß ihr die Freiheit der Entscheidung und die Selbstbestimmung vollständig gewahrt bleiben. Allerdings erfordern die außergewöhnlichen Verhältnisse auch Vorkehrungen, bei denen eine Unterstützung des Staates zweifellos notwendig sein wird. Aber im Wesen wird die Industrie in der Lage sein, durch Selbsthilfe, durch freiwillige Organisation hier Wandel zu schaffen. Gewiß wird der einzelne zu schwach sein, unter so außerordentlichen Schwierigkeiten seine Rohstoffbeschaffung allein zu bewerkstelligen, und die schrankenlose Konkurrenz muß auf diesem Gebiete jedenfalls ausgeschaltet werden. Aber es wird nicht notwendig sein, in den Grundprinzipien die staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es hat vielmehr das moderne Wirtschaftsleben hier eine Wirtschaftsform geschaffen, die diese Gefahr beseitigt: das Kartell.

Es ist daher für jeden einzelnen Rohstoff die Bildung von Einkaufskartellen zu empfehlen, welchen alle anzugehören hätten, die den betreffenden Rohstoff aus Uebersee beziehen. Bei gewissen Rohstoffzweigen wird sich auch die Veranziehung des Handels als notwendig erweisen. Es wird nun die Frage zu erwägen sein, ob freie Organisationen oder Zwangskartelle geschaffen werden sollen und ob für diese Kartelle ein Importmonopol bei der Regierung anzustreben ist. Da aber die österreichische Industrie allein auf dem Weltmarkt keine überragende Rolle spielt, ist es das allerwichtigste, daß in diesem Belangen ein vollständig harmonisches Vorgehen mit Ungarn und dem Deutschen Reich stattfindet. Ungarn müßte sich uns einfach anschließen, oder, wenn dort sich selbständige Kartelle bilden, müßten sie mit unsern in vollster Einstimmigkeit vorgehen. Ein Zusammenschluß mit Deutschland auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung wäre ein viel stärkeres Mittel der so viel besprochenen wirtschaftlichen Annäherung als die zahlreichen andern Vorschläge. Zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten der Kartelle wird ein Zentralorgan erforderlich sein, welches neben andern Agenden als wichtigste Aufgabe auch die geeigneten Vorarbeiten bezüglich der Beschaffung der Valuta zu leisten haben wird. Mit Rücksicht darauf wird eine Vertretung der Banken in diesem Zentralorgan notwendig sein. Ein solches schon bestehendes Organ wäre die Kontrollbank, in der sämtliche Großbanken vertreten sind. Redner schloß: Ich bin mir bewußt, daß der von mir vorgeschlagene Apparat ein komplizierter ist, der nur durch einmütiges Zusammenstehen, durch Selbstbeschränkung, durch Eingliederung der einzelnen industriellen Unternehmungen in den gemeinsamen Zweck konstruiert und in erhebliche Tätigkeit versetzt werden kann. Aber die Schwierigkeit der Lage, die Größe der zu überwindenden Hindernisse rechtfertigen und fordern einen kräftigen Mechanismus. Die Industrie ist in der Lage, diesen Mechanismus zu schaffen durch Selbsthilfe, Organisation und Disziplin.